

Abschrift.

2

Gerhard & Hey A.-G.  
Berlin N.W.40  
Alt-Moabit 140-

10. Juli 1946

Herrn  
Alfred Frank  
London W.4.  
59, Chiswick Village

Wir erhielten Ihre Zeilen vom 10.6.46 und trotzdem unsere Speditionsakten durch die Kriegsergebnisse vernichtet wurden, konnten wir an Hand der Speditionsbücher feststellen, dass im Jahre 1938 von Ihnen ein Transport Umzugsgut und zwar ein Lift, sowie 9 Kolli eingetragen wurde. Die Güter sind im November 1938 nach Hamburg verlagert ~~xxxxxx~~ worden zwecks Einlagerung im Freihafen. Von Hamburg wurde uns der Bescheid erteilt, dass sich Umzugsgüter dort nicht mehr befinden. Der grösste Teil der eingelagerten Umzugsgüter wurden durch den Brand der Kai - schuppen vernichtet, die restlichen Sendungen von der Gestapo beschlagnahmt und verwertet. In unserem Gewahrsam befinden sich also keinerlei Güter mehr.

Wir bedauern, Ihnen keinen besseren Bescheid geben zu können und zeichnen

hochachtungsvoll

gez. Gerhard &amp; Hey A.-G.



das  
Vermögensamt  
Landgericht in  
Hamburg  
Akt. Aktenz. unbekannt)

JEWISH TRUST CORPORATION  
FOR GERMANY  
REGIONAL OFFICE  
HAMBURG, MOHLENHOF

5. Oktober 1953

HB/MS - Reg.-Nr. 1235

In der Rückerstattungsache

Jewish Trust Corporation  
for Germany Ltd. London  
(Verf. Frank)

/. Deutsches Reich

Neendorfer Aktenz. C/12423  
Ses

haben unsere Ermittlungen folgendes ergeben:

- 1.) Das Umzugsgut des Verfolgten Arthur Frank wurde am 25.10.41 durch den Auktionator Schlüter verwertet. Der Bruttoversteigerungserlös betrug 11.000.-- RM (Nettoerlös 9.976,30 RM). Wir überreichen in der Anlage eine Abschrift des Versteigerungsprotokolls nebst Durchschrift.

Es wird beantragt, zu erkennen:

" Es wird festgestellt, dass

- a) das Deutsche Reich der Antragstellerin gemäss Art. 26 (2) des Gesetzes Nr. 59 der Brit. Mil. Reg. Schadensersatz zu leisten hat für die Entziehung von Umzugsgut,
- b) die Gegenstände am 25.10.41 entzogen worden sind,
- c) der Bruttoversteigerungserlös 11.000.-- RM betrug."

F 211

- 2.) Ein Teil des Umzugsgutes des Verfolgten Alfred Israel Frank wurde am 13.10.41 durch den Gerichtsvollzieher Bobsien verwertet. Der Bruttoversteigerungserlös betrug 5.191,70 RM (Nettoerlös 2.767,35 RM). Wir überreichen in der Anlage eine Abschrift des Versteigerungsprotokolls. Die Oberfinanzdirektion hat bereits eine Durchschrift von uns erhalten.

Der andere Teil des Umzugsgutes wurde am 25.3.42 durch den Auktionator G. Lüders verwertet. Der Nettoversteigerungserlös betrug 2.542,10 RM. Die Sachenliste lässt sich leider nicht mehr beschaffen.

*Drückmann*  
Bl. 218

b.w.



Es wird beantragt, zu erkennen:

" Es wird festgestellt, dass

- a) das Deutsche Reich der Antragstellerin gemäss Art. 26( 2) des Gesetzes Nr. 59 der Brit. Mil. Reg. Schadenersatz zu leisten hat für die Entziehung von Umzugsgut,
- b) die Gegenstände am 13.10.41 und 25.3.41 entzogen worden sind,
- c) der Erlös von insgesamt 7.733,80 RM sich aus einem Bruttoversteigerungserlös in Höhe von 5.191,70 RM und einem Nettoversteigerungserlös in Höhe von 2.542,10 RM zusammensetzt.

gez.

( A. Landsberg )  
Regional Manager

2 Durchschriften

3 Anlagen



12. Juli 1958

Reg. Nr. 673

## Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRÜG —) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

dem Berechtigten:

**Alfred Julius Frank**

**59, Chiswick Village, London W 4 / England**

als Rechtsnachfolger nach

./.

Bevollmächtigter: **United Restitution Organization - URO -  
Hannover-Kleefeld, Kaulbachstraße 23**

folgenden Bescheid:

### I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen Einigungen zu Grunde:

**Beschluß des Landgerichts Hamburg, 1. Wiedergutmachungskammer,  
vom 9. 3. 1954 - Az.: 1 Wik 1053/51-II/Z 4717 - verb. mit 1 Wik  
854/52-II/Z 6209 --.**

### II.

Aus dem in Ziffer I genannten Beschluß steht dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 - 26 BRÜG ein Anspruch in Höhe von

DM 26.250,--

(i.W.: Sechszwanzigtausendzweihundertfünfzig 00/100 Deutsche Mark)

zu.

### III.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRÜG zu zahlen.



23

- 1) bis spätestens zum 31.3.1959
  - 2) bis spätestens zum 31.3.1961
- Der verbleibende Restbetrag von  
ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.

DM 20.000,--

DM 6.250,--

DM 650,--

abgehoben Bl 20/213 B.

Im Falle des § 32 Abs.5 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRUG die folgenden Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 5.000,-- mit Wirkung vom 1.4.1956
2. Darlehen von DM 5.000,-- mit Wirkung vom 12.2.1957.

VI.

Stehen dem Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil 1 - Bescheid.

VII.

Gründe:

Durch den in Ziffer I genannten Beschluß ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, dem Berechtigten für ihm entzogenes Umzugsgut (Hausrat) im Werte von RM 17.500,-- Schadensersatz zu leisten.

Gemäß §§ 14, 16 Abs.1 BRUG bemißt sich die Höhe des Schadensersatzbetrages, der dem Berechtigten auf Grund dieses Anspruches zusteht, nach dem Wiederbeschaffungswert des entzogenen Umzugsguts am 1.4.1956. Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus den in der Anlage wiedergegebenen Gründen auf DM 26.250,-- festgesetzt.

Eine Nutzungsvergütung steht dem Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umzugsguts gewährt hätte, wird gemäß § 16 Abs.2 Satz 1 BRUG kein Ersatz geleistet. Sonstige Nutzungen sind nicht entgangen.

Dem Berechtigten steht daher ein Schadensersatzanspruch in Höhe von

DM 26.250,--

Dieser Betrag ist gemäß § 32 BRUG wie folgt auszuzahlen:

- a) bis zum 31.3.1959 . . . . . DM 20.000,--  
(§ 32 Abs.2 BRUG)

Auf diesen Betrag werden gemäß § 36 BRUG die dem Berechtigten gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt . . . . . DM 10.000,-- angerechnet, so daß noch . . . . . DM 10.000,-- auszuzahlen sind.

- b) bis zum 31.3.1962 der Restbetrag von . . . . . DM 6.250,--  
(§ 32 Abs.4 BRUG).



Feststellung des Wiederbeschaffungswertes  
Sofern der in § 31 Abs.1 BRUG genannte Gesamtbetrag von 1,5 Mrd. Deutsche Mark zur vollen Erfüllung aller von der Bundesrepublik Deutschland zu befriedigenden Rückerstattungsansprüche nicht ausreicht, findet gemäß § 32 Abs.5 BRUG eine prozentuale Kürzung des Restbetrages statt. Über die Kürzung und die Auszahlung des Restes kann erst ab 1.4.1961 entschieden werden.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu erreichenden Hundertsatz.

gegenüber Hausrat bzw. Entzug aus dem Hausrat  
VIII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Preissteigerung ist allerdings nur dann möglich, wenn die Preise für Gebrauchsgüter zum Zeitpunkt nicht annähernd in demselben Maße gestiegen sind, wie die Preise für Neubwaren. Die Preise für Gebrauchsgüter sind von den Hamburger Preissteigerungskommissionen festgestellt worden, die von den Hamburger Preissteigerungskommissionen festgestellt worden. Die Preise für Neubwaren sind von den Hamburger Preissteigerungskommissionen festgestellt worden. Die Preise für Gebrauchsgüter sind von den Hamburger Preissteigerungskommissionen festgestellt worden.

Im Auftrag

gez.

(Polack)  
Regierungsassessor

Da die entzogenen Sachen  
Kanzleiangestellte  
in Höhe der vollen für Neubwaren festzusetzen. Es ist aber auch möglich, daß es sich um gebrauchte Sachen handelt, deren Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Wiederbeschaffungswert der Neubwaren entspricht. Auf die inzwischen gestiegenen Preise der Sachen ist die gerechte Schadenerschätzung in der Höhe des Wiederbeschaffungswertes der Sachen auf dem Gebrauchtwertmarkt zu setzen. Bei der Berechnung des Wiederbeschaffungswertes ist abzüglich einer gewissen Abschreibung der Wert zu berücksichtigen hat (vgl. OLG Düsseldorf, Urteil vom 12.12.1957 S.73), muß auch der zur Erreichung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor zwischen dem Zeitpunkt der Berechnung und dem Zeitpunkt der Preissteigerung für Neubwaren und Gebrauchsgüter auf die Gebrauchsgüter auszuwirken. Aus diesen Preissteigerungen ergibt sich die Berechnung der Umrechnungsfaktoren für Neubwaren und Gebrauchsgüter. Die Oberfinanzdirektion hat einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für Neubwaren und einen Umrechnungsfaktor von 1,2 für Gebrauchsgüter festgesetzt. Der Wiederbeschaffungswert des Hausrates per 1.4.1956 wird auf den Wiederbeschaffungswert in Deutscher Mark festgesetzt.



Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per 1.4.1956 von entzogenem Hausrat bzw. entzogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbeschadet zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4.12.1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172% des Standes von 1940, auf 167% des Standes von 1941 und auf 163% des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchtwaren sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchtwarenmarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 RzW 1957 S.73), muß auch der zur Errechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchtwaren ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1.4.1956 wird auf das 1 1/2fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.



Abschrift

Page 91.

1892 Births in the Sub-District of West Hackney, in the County  
of London

No. 451.

When and where born,

Twenty third September 1892

113 Brooke Road

Name, if any.

Alfred Julius

Sex.

Boy

Name and Surname of

Father.

Max Frank

Name and Maiden Surname

(.S.)

of Mother.

Eva Frank formerly Schoenfeld

Rank or Profession

of Father.

Commission Agent

Signatur, Description,

and Residence of Informant. Max Frank Father 113 Brooke Road  
West Hackney

When Registered.

Fifteenth October 1892

Signature of Registrar.

G.R. Shipway Registrar

Baptismal Name if added

after Registration of

Birth.

I Certify that the above is a true Copy of an Entry in the  
Book of Births in the Registrar's Sub-District of West Hackney, in  
the Superintendent Registrar's District of Hackney, in the County